

Schutz des Schweizer Luftraums

Von Eugen David, St.Gallen

Am 8. November 2017 beschloss der Bundesrat, in den kommenden Jahren 8 Milliarden Franken für neue Kampfflugzeuge und neue Boden-Luft-Raketen auszugeben.

Er erklärt dazu, ohne Luftverteidigung sei die Bevölkerung im Fall eines bewaffneten Konflikts schutzlos Angriffen ausgesetzt und die Bodentruppen könnten kaum mit Aussicht auf Erfolg eingesetzt werden.

Der Bundesrat äussert sich nicht zur Lage der Schweiz im Rahmen der europäischen militärischen Luftraumüberwachung und –verteidigung.

Die Länder auf dem europäischen Kontinent haben sich seit langem aus Effizienz- und Kostengründen für eine gemeinsame Luftraumverteidigung entschieden.



In Europa sind für die gemeinsame Luftraumüberwachung und -verteidigung über 10'000 Militärflugzeuge stationiert, darunter über 5'000 Kampfflugzeuge (u.a. 650 Euro-Fighter), ca. 4'000 Kampf- und Transporthelikopter, ausserdem Bomber, Aufklärungsflugzeuge (AWACS), Transportflugzeuge, etc.

Dazu kommen als Raketenschutzschirm für Europa das europäische Ballistic Missile Defence System (BMD) und das Integrated Air and Missile Defence System, ein luftgestütztes Frühwarnsystem mit fliegendem Radar (AWACS), ein Air Command and Control System (ACCS) zur Überwachung des europäischen Luftraums und vieles mehr.

Das ACCS umfasst u.a. rund 300 Radar-Stationen, welche den gesamten europäischen Kontinent abdecken. Ergänzt werden die Radar-Sensoren durch die europäischen Satellitensysteme. Die Schweiz hat aufgrund ihres sicherheitspolitischen Alleingangs keinen Zugang zu diesen Überwachungs- und Vorwarnsystemen.

Der europäische Luftpolizeidienst ist – auch wenn national organisiert - voll vernetzt und funktioniert rund um die Uhr mit Kampfflugzeugen und Helikoptern. Die Schweiz kann von einer russischen Suchoi Su-27 in 8 Minuten überflogen werden, was einen isolierten nationalen Luftpolizeidienst ohne engste Koordination mit der europäischen Luftraumüberwachung absolut illusorisch macht, auch wenn er – anders als bisher – über die Bürozeiten hinaus aktiv ist.

Die Schweiz liegt im Zentrum Europas und wird damit faktisch – mit oder ohne Zustimmung – von der gemeinsamen europäischen Luftraumüberwachung und –verteidigung erfasst. Die Ansicht des Bundesrates, die Schweizer Bevölkerung sei ohne Ausgabe der 8 Milliarden CHF schutzlos Luftangriffen ausgesetzt, geht an den Realitäten des 21. Jahrhunderts vorbei.

Der Umstand, dass die Schweiz aus politisch-ideologischen Gründen eine Beteiligung an der europäischen Luftraumüberwachung und –verteidigung ablehnt, ist allerdings geeignet, den Schutz der Schweiz zu beeinträchtigen.

Die fehlende Koordination der Luftraumüberwachung kann sich durchaus nachteilig auswirken, insbesondere wenn gegen den europäischen Kontinent – zum Beispiel aus dem Mittelmeer wie im Fall Russland/Syrien - Marschflugkörper eingesetzt würden. Ferngesteuerte Marschflugkörper sind beim

aktuellen Stand der Militärtechnologie die Hauptgefahr aus der Luft. Die Schweiz verfügt diesbezüglich weder über Überwachungs- noch über Abwehreinrichtungen. Sie ist vollständig auf den europäischen Schutzschild angewiesen.

Die europäischen Länder haben beschlossen, die Beschaffung von Rüstungsgüter zu koordinieren. Hier geht es um das Nutzen einer möglichst breiten Knowhow-Basis und natürlich wiederum um die Einsparung von Kosten. Die Schweiz beteiligt sich nicht. Sie zieht den kostspieligen und – mangels adäquatem Beschaffungs-Knowhow – finanziell riskanten Alleingang vor. Die konstant negativen Erfahrungen der Vergangenheit bei den Beschaffungsvorlagen P-16, Mirage, FA-18 und Grippen werden ausgeblendet.

Bei nüchterner Betrachtung erweist sich die unkoordinierte Beschaffung von 40 neuen Kampfflugzeugen und von Boden-Luft-Raketen in den nächsten 10 Jahren eher als Prestigeakt, denn als effizienter Beitrag zur Sicherung des Schweizer Luftraums.

Wenn die europäischen Staaten zum Schluss kommen, dass sich im 21. Jahrhundert angesichts des Standes der Militärtechnologie eine wirksame Luftraumüberwachung und –verteidigung nur gemeinsam bewerkstelligen lässt, ist in hohem Masse erklärungsbedürftig, weshalb das für die Schweiz – mitten in Europa gelegen – nicht gelten soll.

Der Bundesrat liefert dazu keine Antworten. Er konzentriert sich auf die Frage, welcher Kampfflugzeug-Typ bestellt und wie die 8 Milliarden CHF beschafft werden sollen.

Für eine irrealen und isolierten, mit Europa nicht koordinierten Luftraumverteidigung rechtfertigt sich die Ausgabe von 8 Milliarden nicht. Das Vorhaben ist zu teuer und ineffizient. Der isolierte Sicherheitsgewinn für den Luftraum Schweiz – im Verhältnis zum Schutz der Schweiz durch die gesamteuropäische Luftüberwachung und Luftverteidigung – bewegt sich auf minimalstem Niveau.

Die Aktion hat mehr mit einer kostspieligen und ideologisch begründeten Selbstfindung zu tun als mit einer Antwort auf die tatsächliche Sicherheitslage der Schweiz gegen Bedrohungen aus der Luft inmitten Europas. Besser wäre es, die Schweiz würde sich an der europäischen Luftraumüberwachung und -verteidigung beteiligen. Da aber steht die rechtsnationale Ideologie im Wege.

09.11.2017